



Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Bekanntmachung über Endverbleibsdokumente nach § 21 Absatz 6 der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) für die von Teil I A der Ausfuhrliste erfassten Güter

Vom 1. August 2017

I.

Vorbemerkung

Diese Bekanntmachung ersetzt die Bekanntmachung über Endverbleibsdokumente nach § 17 Absatz 2 der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) vom 12. Februar 2002 (BAz. Nr. 60b vom 27. März 2002) sowie die Bekanntmachung über Endverbleibsdokumente nach § 21 Absatz 6 der Außenwirtschaftsverordnung vom 31. März 2016 (BAz AT 17.05.2016 B3), die hiermit vollständig aufgehoben werden.

Rechtsgrundlage für die Anforderung von Endverbleibsdokumenten bei genehmigungspflichtigen Ausfuhren aus der Bundesrepublik Deutschland ist § 21 Absatz 2 der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) vom 2. August 2013 (BGBl. I S. 2865) in der Fassung des Artikels 1 der Vierten Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vom 13. Juli 2015 (BAz AT 17.07.2015 V1). Nach § 27 AWV gilt die Vorschrift entsprechend für genehmigungspflichtige Verbringungen in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Gemäß § 21 Absatz 2 AWV sind dem Antrag auf Genehmigung der Ausfuhr von Gütern, die in Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anlage AL zur AWV) genannt sind, Dokumente zum Nachweis des Endempfängers, des Endverbleibs und des Verwendungszwecks beizufügen. Gemäß § 21 Absatz 6 AWV werden die näheren Einzelheiten hierzu, insbesondere die zu verwendenden Musterformulare der Endverbleibserklärungen, durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) im Wege der Allgemeinverfügung näher bestimmt. Die Regelungen dieser Bekanntmachung gelten für Antragsverfahren nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 258/2012 (Feuerwaffenverordnung) entsprechend.

Mit dieser Bekanntmachung werden die grundlegenden Inhalte der Bekanntmachung vom 12. Februar 2002 an die aktuelle Sach- und Rechtslage angepasst und mit den Inhalten der Bekanntmachung vom 31. März 2016 in einer gemeinsamen Bekanntmachung zusammengeführt.

Im Vergleich zu der früheren Bekanntmachung vom 12. Februar 2002 enthält diese Bekanntmachung nunmehr aus Gründen der Verständlichkeit und Übersichtlichkeit nur noch die Vorgaben zur Vorlage von Endverbleibsdokumenten für Anträge auf Erteilung von Genehmigungen zur Ausfuhr und Verbringung von Rüstungsgütern, zu Handels- und Vermittlungsgeschäften sowie zu im Einzelfall genehmigungspflichtigen Durchfuhren, Einfuhren, der Beförderung und dem Erwerb von Rüstungsgütern. Hierbei werden die bewährten Grundsätze der Bekanntmachung vom 12. Februar 2002 fortgeführt. Auch die mit der Bekanntmachung vom 31. März 2016 veröffentlichten Muster von Endverbleibserklärungen werden lediglich in redaktioneller Hinsicht modifiziert und bleiben im Übrigen inhaltlich unverändert. Bereits eingereichte Endverbleibsdokumente, die auf Grundlage der mit der Bekanntmachung vom 31. März 2016 veröffentlichten Muster erstellt wurden, behalten grundsätzlich ihre Gültigkeit.

Zu Informationszwecken können Sie diese Bekanntmachung sowie die Muster der Anlagen A 1, A 2, A 3 und A 4 auf der Internetseite des BAFA unter www.ausfuhrkontrolle.info einsehen. Daneben hat das BAFA auf seiner Internetseite eine englischsprachige Anleitung mit weiteren zu beachtenden Hinweisen zum Ausfüllen der Endverbleibserklärungen veröffentlicht.

II.

Arten von Endverbleibsdokumenten

Bei den Endverbleibsdokumenten sind drei verschiedene Arten zu unterscheiden: private oder amtliche Endverbleibserklärungen (EVEen) oder International Import Certificates (ICs). Die Unterscheidung der EVEen knüpft daran an, ob es sich bei dem Endverwender um einen privatrechtlichen oder um einen staatlichen Endverwender handelt, hat aber keinen Einfluss auf die zu nutzenden Muster von Endverbleibserklärungen. In Kapitel III dieser Bekanntmachung wird dargelegt, welche Dokumente zum Nachweis des Endverbleibs vorzulegen sind.



1 Private EVE

Bei der privaten EVE handelt es sich um die Erklärung eines privaten Endverwenders. Eine private EVE ist vorzulegen, wenn die Güter an eine Person des Privatrechts, z. B. an ein privates Unternehmen oder an einen Händler, geliefert werden. Private EVEen werden nur anerkannt, wenn sie auf einem originalen Briefbogen des Endverwenders ausgestellt und handschriftlich unterzeichnet sind. Dabei ist unter die Unterschrift der Name des Unterzeichners deutlich lesbar, z. B. in Druckbuchstaben oder mit Stempel, zu setzen.

2 Amtliche EVE

Bei der amtlichen EVE handelt es sich um eine Erklärung des amtlichen Endverwenders.

Eine amtliche EVE ist vorzulegen, wenn die Güter an einen amtlichen Endverwender geliefert werden, also der Empfangsstaat selbst direkter oder mittelbarer Abnehmer der Güter ist, etwa weil die Güter an Dienststellen ausgeliefert werden oder zwar für ein privates Unternehmen bestimmt sind, dieses die Güter aber im Auftrag einer staatlichen Stelle weiterverarbeiten soll. Amtliche EVEen werden nur anerkannt, wenn sie auf einem originalen Briefbogen des Endverwenders ausgestellt und handschriftlich unterzeichnet sind. Dabei ist unter der Unterschrift der Name der ausstellenden Dienststelle deutlich lesbar, z. B. in Druckbuchstaben oder mit Stempel, zu versehen.

Eine amtliche EVE liegt auch vor, wenn eine private EVE durch eine staatliche oder staatlich ermächtigte Stelle bestätigt wird.

3 IC

Bei dem IC handelt es sich um ein auf einem amtlichen Vordruck einer staatlichen oder staatlich ermächtigten Stelle ausgestelltes Endverbleibsdokument des Empfangsstaates.

Mit dem IC erklärt der Empfangsstaat, dass die Güter ab dem Grenzübertritt seinen Exportkontrollvorschriften unterliegen. Das IC wird von folgenden Ländern ausgestellt: den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Mitgliedstaaten der NATO, Australien, Japan, Neuseeland und der Schweiz.

III.

Vorlagepflicht von Endverbleibsdokumenten

1 Grundsatz

Dem Antrag auf Genehmigung der Ausfuhr oder Verbringung von Rüstungsgütern des Teils I Abschnitt A der Ausfuhrliste oder von Feuerwaffen im Sinne des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr. 258/2012 sind grundsätzlich Endverbleibsdokumente nach Maßgabe der in Kapitel V enthaltenen Vorgaben vorzulegen. Der Begriff Güter erfasst hierbei neben der Ware auch Software und Technologie (§ 2 Absatz 13 AWG). Bei sonstigen Rechtsgeschäften über Güter des Teils I Abschnitt A der Ausfuhrliste wird auf die Vorlage eines Endverbleibsdokuments grundsätzlich verzichtet.

2 Güter

2.1 Kriegswaffen

Für Ausfuhren oder Verbringungen von Kriegswaffen ist grundsätzlich die Vorlage einer amtlichen EVE notwendig; die EVE muss ein Reexportverbot mit Erlaubnisvorbehalt enthalten.

2.2 Sonstige Rüstungsgüter

Sonstige Rüstungsgüter sind alle Rüstungsgüter des Teils I Abschnitt A der Ausfuhrliste mit Ausnahme der Kriegswaffen.

Für Ausfuhren oder Verbringungen dieser Rüstungsgüter ist im Hinblick auf die Vorlage von Endverbleibsdokumenten zwischen Ausfuhren oder Verbringungen in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Mitgliedstaaten der NATO, Australien, Japan, Neuseeland, Schweiz (1. Ländergruppe) einerseits und Ausfuhren in die übrigen Länder (2. Ländergruppe) andererseits zu unterscheiden.

Bei beiden Ländergruppen ist für Ausfuhren oder Verbringungen von Technologie und Software im Sinne des Teils I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anlage AL zur AWW) unabhängig vom Wert grundsätzlich eine EVE vorzulegen.

2.2.1 Ausfuhr oder Verbringung von sonstigen Rüstungsgütern in Länder der 1. Ländergruppe

Für Ausfuhren oder Verbringungen in Länder der 1. Ländergruppe ist grundsätzlich kein Endverbleibsdokument vorzulegen, wenn der Warenwert 5 000 Euro unterschreitet. Ab einem Warenwert von 5 000 Euro bis zu 125 000 Euro besteht die Wahl zwischen der Vorlage einer EVE oder eines ICs. Über einem Warenwert von 125 000 Euro ist bei Ausfuhren oder Verbringungen an einen privaten Empfänger neben der EVE auch – also kumulativ – ein IC vorzulegen; es sei denn, die Verbringung ist für Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden oder Spanien bestimmt; hier reicht die Vorlage der privaten EVE aus. Über einem Warenwert von 125 000 Euro ist bei Ausfuhren oder Verbringungen an einen amtlichen Empfänger grundsätzlich eine amtliche EVE vorzulegen.

Bei einer anschließenden Ausfuhr oder Verbringung in ein anderes Land der 1. Ländergruppe sind weitere Endverbleibsdokumente nicht erforderlich.



In begründeten Einzelfällen kann das BAFA von den oben genannten Befreiungen zugunsten der 1. Ländergruppe abweichen und statt einer privaten EVE oder eines ICs eine amtliche EVE einfordern.

2.2.2 Ausfuhr oder Verbringung von sonstigen Rüstungsgütern in Länder der 1. Ländergruppe bei anschließender Ausfuhr in Länder der 2. Ländergruppe

Für Ausfuhren oder Verbringungen in ein Land der 1. Ländergruppe in Kenntnis der anschließenden Ausfuhr in ein Land der 2. Ländergruppe, ist neben der EVE des Empfängers grundsätzlich eine Kopie der EVE des Endverwenders vorzulegen.

In begründeten Einzelfällen kann das BAFA statt einer privaten EVE eine amtliche EVE einfordern.

2.2.3 Ausfuhr von sonstigen Rüstungsgütern in Länder der 2. Ländergruppe

Für Ausfuhren in Länder der 2. Ländergruppe sind private oder amtliche EVEen vorzulegen.

Für Ausfuhren in ein Land der 2. Ländergruppe in Kenntnis der anschließenden Ausfuhr in ein anderes Land der 2. Ländergruppe ist neben der EVE des Empfängers grundsätzlich eine Kopie der EVE des Endverwenders vorzulegen.

In begründeten Einzelfällen kann das BAFA statt einer privaten EVE eine amtliche EVE einfordern.

2.3 Ausfuhr von Gütern des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr. 258/2012

Für Ausfuhren von Gütern, die von Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 258/2012 erfasst sind, gelten die Vorgaben zu sonstigen Rüstungsgütern entsprechend.

IV.

Ausnahmen

1 Allgemeine Genehmigungen

Bei Inanspruchnahme einer Allgemeinen Genehmigung entfällt die Vorlage von Endverbleibsdokumenten, da in diesen Fällen kein Antragsverfahren durchgeführt wird.

2 Antragsverfahren/Verzicht zur Vorlage von Endverbleibsdokumenten, § 21 Absatz 2 Satz 2 AWW

Nach § 21 Absatz 2 Satz 2 AWW kann das BAFA auf die Vorlage von Endverbleibsdokumenten verzichten, wenn die in § 4 AWG genannten Belange nicht gefährdet werden.

Das BAFA behält sich vor, die nachfolgend genannten Befreiungen von der Vorlagepflicht generell zu beschränken oder ganz aufzuheben. Im Übrigen sind im Einzelfall Rückausnahmen möglich, d. h. Endverbleibsdokumente sind trotz des Ausnahmekatalogs vorzulegen, wenn die Vorlage zum Zwecke der Endverbleibssicherung notwendig ist.

2.1 Allgemeine Befreiungen für Rüstungsgüter

Auf die Vorlage von Endverbleibsdokumenten wird in folgenden Fällen grundsätzlich verzichtet:

2.1.1 Vorübergehende Ausfuhren und Verbringungen

Bei Antragsverfahren zu vorübergehenden Ausfuhren oder Verbringungen von Gütern des Teils I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anlage AL zur AWW), z. B. auf eine Auslandsmesse, wird auf die Vorlage von Endverbleibsdokumenten verzichtet. Eine vorübergehende Ausfuhr liegt nicht vor, wenn die Güter im Empfangsland längerfristig einer Verwendung zugeführt werden. Eine vorübergehende Ausfuhr liegt auch nicht bei Leasing-Geschäften vor, da Ausfuhren im Rahmen von Leasing-Geschäften exportkontrollrechtlich als endgültige Ausfuhren anzusehen sind.

2.1.2 Wiederausfuhren nach erfolgter Einfuhr

Bei Antragsverfahren zur Ausfuhr oder Verbringung von Rüstungsgütern des Teils I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anlage AL zur AWW), die nach ihrer Einfuhr oder Verbringung in das Inland ohne Änderung der ursprünglichen Leistungsmerkmale an den ursprünglichen Empfänger in das Versendungsland wieder ausgeführt oder verbracht werden oder an ihrer Stelle andere Güter gleicher Menge und Beschaffenheit ausgeführt oder verbracht werden, wird auf die Vorlage von Endverbleibsdokumenten grundsätzlich verzichtet.

2.1.3 Technologie zu Angebotszwecken

Sofern Technologie zu Angebotszwecken in das Zollgebiet der Europäischen Union (§ 2 Absatz 25 AWG, Artikel 2 Nummer 12 der Verordnung (EG) Nr. 428/2009) oder in die in Anhang IIa Teil 2 der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 genannten Länder ausgeführt oder verbracht wird, wird grundsätzlich auf die Vorlage von Endverbleibsdokumenten verzichtet.

2.2 Befreiung für sonstige Rüstungsgüter

Sofern Rüstungsgüter des Teils I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anlage AL zur AWW), die keine Kriegswaffen sind, mit einem Warenwert von weniger als 5 000 Euro in Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbracht oder in Mitgliedstaaten der NATO oder nach Australien, Japan, Neuseeland oder in die Schweiz ausgeführt werden, wird auf die Vorlage von Endverbleibsdokumenten verzichtet (vgl. bereits Kapitel III Nummer 2.2.1). Diese Freistellung gilt nicht für Technologie und Software. Für Ausfuhren von Rüstungsgütern in ein anderes als die vorgenannten Länder besteht keine wertabhängige Ausnahme von der Pflicht zur Vorlage eines Endverbleibsdokuments.



V.

Muster der privaten bzw. amtlichen Endverbleibserklärungen

In den Anlagen A 1 bis A 4 sind die Mustertexte für EVEen abgedruckt. Es müssen nur die entsprechenden anwendbaren Teile (sogenannte Sections) ausgefüllt und diese unterschrieben werden. Der Antragsteller hat dafür Sorge zu tragen, dass die auszufüllenden Sections gegenüber den Mustertexten nicht abgeändert werden. Eine inhaltliche Änderung des Mustertextes ist nicht zulässig. Der Antragsteller kann sich mithin nicht auf EVEen berufen, die den vom BAFA in den Musteranlagen vorgegebenen Erklärungsinhalt nicht aufweisen.

1 Muster gemäß den Anlagen A 1 bis A 4

Dem Antrag auf Genehmigung der Ausfuhr oder Verbringung von Rüstungsgütern bzw. Kriegswaffen ist, je nach Art des antragsgegenständlichen Gutes, eines der folgenden alternativ zu verwendenden Muster für EVEen mit den darin enthaltenen Erklärungen beizufügen:

- Anlage A 1: EVE für Rüstungsgüter, die keine Kriegswaffen sind, und hierzugehörige Technologie und Software (EUC for military equipment, related technology and software)
- Anlage A 2: EVE für Scharfschützengewehre, Vorderschaftsrepetierflinten („Pump Guns“), Pistolen, Revolver und hierzugehörige Munition und Herstellungsausrüstung (EUC for sniper rifles, pump-guns, pistols, revolvers, corresponding ammunition and related production equipment)
- Anlage A 3: EVE für Kriegswaffen (EUC for war weapons)
- Anlage A 4: EVE für Kleine und Leichte Waffen und dazugehörige Munition in Drittländer (EUC for SALW and corresponding ammunition to third countries).

2 Bedingungen für die Nutzung der Muster gemäß den Anlagen A 1 bis A 4 (differenziert nach Gütergruppen)

2.1 Anlage A 1: EVE für Rüstungsgüter, die keine Kriegswaffen sind und hierzugehörige Technologie und Software

Anlage A 1 ist Anträgen auf Erteilung von Genehmigungen beizufügen, sofern es sich bei diesen Gütern nicht um Kriegswaffen im Sinne des Ausführungsgesetzes zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen) oder um Scharfschützengewehre, Vorderschaftrepetierflinten („Pump Guns“), Pistolen, Revolver sowie Munition und Herstellungsausrüstung für Kleine und Leichte Waffen (SALW) handelt. Als Kleine und Leichte Waffen gelten in Anlehnung an die Definition im Anhang der Gemeinsamen Aktion der Europäischen Union vom 12. Juli 2002 Kriegswaffen der Nummern 10 und 11 (sofern es sich um tragbare Waffen handelt), 29, 30, 31 (sofern es sich um tragbare Waffen handelt), 32 (sofern es sich um tragbare Waffen handelt), 34, 35 und 37 der Kriegswaffenliste. Zudem werden Waffen für hülsenlose Munition, Scharfschützengewehre und Vorderschaftrepetierflinten („Pump-Guns“) von den Regelungen der Kleinwaffengrundsätze erfasst.

Soweit diese Güter nach erfolgter Ausfuhr oder Verbringung in folgende Länder reexportiert werden, wird auf das Erfordernis der vorherigen Einholung einer Zustimmung gemäß Abschnitt E vierter Spiegelstrich oder Abschnitt F letzter Satz der Endverbleibserklärung gemäß Anlage A 1 verzichtet:

Australien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik/Tschechien, Ungarn, USA, Zypern. Bezogen auf Zypern gilt dies nur für Reexporte in Teile von Zypern, in denen die Regierung der Republik Zypern tatsächliche Kontrolle ausübt.

Das Muster gemäß Anlage A 1 ist für die in Nummer 2.1 beschriebenen Anträge zu nutzen, die ab dem Tag des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung beim BAFA eingereicht werden. In einer Übergangszeit bis zum 31. März 2018 kann auch das Formularmuster Anlage 1 der Bekanntmachung zu § 17 Absatz 2 AWW vom 12. Februar 2002 in der Fassung der Änderungsbekanntmachung vom 31. März 2016 vorgelegt werden. Sofern bei anhängigen, aber noch nicht beschiedenen Anträgen das Formularmuster Anlage 1 der Bekanntmachung zu § 17 Absatz 2 AWW vom 12. Februar 2002 in der Fassung der Änderungsbekanntmachung vom 31. März 2016 eingereicht wurde, bedarf es grundsätzlich keiner neuen Endverbleibserklärung nach Anlage A 1 dieser Bekanntmachung. Darüber hinaus kann das BAFA im Einzelfall bereits eingereichte Endverbleibserklärungen nach den Mustern gemäß der Bekanntmachung zu § 17 Absatz 2 AWW vom 12. Februar 2002 in der Fassung der Änderungsbekanntmachung vom 13. November 2006 (BAnz. S. 7179) anerkennen.

2.2 Anlage A 2: EVE für Scharfschützengewehre, Vorderschaftrepetierflinten, Pistolen, Revolver und hierzugehörige Munition und Herstellungsausrüstung

Anlage A 2 ist beizufügen, sofern es sich bei den Gütern um Scharfschützengewehre, Vorderschaftrepetierflinten („Pump Guns“), Pistolen, Revolver sowie Munition (sofern es sich bei diesen Gütern nicht um Kriegswaffen im Sinne des Ausführungsgesetzes zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes [Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen]) oder Herstellungsausrüstung für Kleine und Leichte Waffen (SALW) handelt und diese Güter von Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste erfasst werden. Als Kleine und Leichte Waffen gelten in Anlehnung der Definition im Anhang der Gemeinsamen Aktion der Europäischen Union vom 12. Juli 2002 Kriegswaffen der Nummern 10 und 11 (sofern es sich um tragbare Waffen handelt), 29, 30, 31 (sofern es sich um tragbare Waffen handelt), 32 (sofern es sich um tragbare Waffen



handelt), 34, 35 und 37 der Kriegswaffenliste. Zudem werden Waffen für hülsenlose Munition, Scharfschützengewehre und Vorderschaftrepetierflinten („Pump-Guns“) von den Regelungen der Kleinwaffengrundsätze erfasst.

Soweit diese Güter nach erfolgter Ausfuhr oder Verbringung in folgende Länder reexportiert werden, wird auf das Erfordernis der vorherigen Einholung einer Zustimmung gemäß Abschnitt E, letzter Satz der Endverbleibserklärung gemäß Anlage A 2 verzichtet:

Australien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik/Tschechien, Ungarn, USA, Zypern. Bezogen auf Zypern gilt dies nur für Reexporte in Teile von Zypern, in denen die Regierung der Republik Zypern tatsächliche Kontrolle ausübt.

Soweit diese Güter in Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbracht oder in Mitgliedstaaten der NATO oder nach Australien, Japan, Neuseeland oder die Schweiz ausgeführt werden, wird auf das Erfordernis der vorherigen Einholung einer Zustimmung gemäß Abschnitt G.1 der Endverbleibserklärung gemäß Anlage A 2 verzichtet, soweit die Güter innerhalb dieses Landes weitergegeben werden.

Die Abschnitte G.2 und G.3 sind nur auszufüllen, wenn die Erteilung einer Genehmigung zur Ausfuhr an staatliche Stellen in Länder beantragt wird, die nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union oder der NATO sind und es sich nicht um Australien, Japan, Neuseeland oder die Schweiz handelt. Die Abschnitte G.2 und G.3 müssen auch dann nicht ausgefüllt werden, wenn der Endverwender eine staatliche Stelle dieser vorgenannten Länder oder eine Vertretung der Europäischen Kommission ist.

Das Muster gemäß Anlage A 2 ist für die in Nummer 2.2 beschriebenen Anträge zu nutzen, die ab dem Tag des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung beim BAFA eingereicht werden. In einer Übergangszeit bis zum 31. März 2018 kann auch das Formularmuster Anlage 2 der Bekanntmachung zu § 17 Absatz 2 AWW vom 12. Februar 2002 in der Fassung der Änderungsbekanntmachung vom 31. März 2016 vorgelegt werden. Sofern bei anhängigen, aber noch nicht beschiedenen Anträgen das Formularmuster Anlage 1 der Bekanntmachung zu § 17 Absatz 2 AWW vom 12. Februar 2002 in der Fassung der Änderungsbekanntmachung vom 31. März 2016 eingereicht wurde, bedarf es grundsätzlich keiner neuen Endverbleibserklärung nach Anlage A 1 dieser Bekanntmachung. Darüber hinaus kann das BAFA bei Ausfuhren oder Verbringungen in Länder der Ländergruppe 1 im Einzelfall bereits eingereichte Endverbleibserklärungen nach den Mustern gemäß der Bekanntmachung zu § 17 Absatz 2 AWW vom 12. Februar 2002 in der Fassung der Änderungsbekanntmachung vom 13. November 2006 (BAAnz. S. 7179) anerkennen.

2.3 Anlage A 3: EVE für Kriegswaffen

Anlage A 3 ist beizufügen, sofern es sich bei diesen Gütern um Kriegswaffen im Sinne des Ausführungsgesetzes zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen) handelt und nicht das Muster der Anlage A 4 zu nutzen ist.

Das Muster gemäß Anlage A 3 ist für die in Nummer 2.3 beschriebenen Anträge zu nutzen, die ab dem dem Tag des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung beim BAFA eingereicht wurden oder zu diesem Zeitpunkt bereits anhängig waren aber noch nicht beschieden sind.

Soweit eine Endverbleibserklärung entsprechend dem Muster der Anlage A 3 bereits dem Antrag auf Erteilung einer Beförderungsgenehmigung nach § 3 Absatz 3 des Ausführungsgesetzes zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen) beigefügt wurde, genügt die Vorlage einer Kopie dieser Endverbleibserklärung.

2.4 Anlage A 4: EVE für Kleine und Leichte Waffen und dazugehörige Munition in Drittländer

Anlage A 4 ist beizufügen, sofern es sich bei den Gütern um Kleine und Leichte Waffen (SALW) oder dazugehörige Munition, die vom Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen) erfasst wird, handelt und diese Güter in andere Länder als die Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder der NATO oder Australien, Japan, Neuseeland, Schweiz ausgeführt oder verbracht werden.

Als Kleine und Leichte Waffen, für die das Muster der Anlage A 4 auszufüllen ist, gelten Kriegswaffen der Nummern 10 und 11 (sofern es sich um tragbare Waffen handelt), 29, 30, 31 (sofern es sich um tragbare Waffen handelt), 32 (sofern es sich um tragbare Waffen handelt), 34, 35 und 37 der Kriegswaffenliste.

Abschnitt E, letzter Spiegelstrich der Endverbleibserklärung gemäß Muster der Anlage A 4 ist für Kriegswaffen der Nummern 34 und 35 und für Kleinwaffenmunition, die vom Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen) erfasst wird, nicht auszufüllen.

Für Ausfuhren der oben genannten Kleinwaffenmunition ist zudem die „Neu für Alt“- bzw. die „Neu; Vernichtung bei Aussonderung“-Erklärung im Abschnitt F nicht auszufüllen.

Das Muster gemäß Anlage A 4 ist für die in Nummer 2.4 beschriebenen Anträge zu nutzen, die ab dem Tag des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung 18. Mai 2016 beim BAFA eingereicht wurden oder zu diesem Zeitpunkt bereits anhängig waren, aber noch nicht beschieden sind.



Soweit eine Endverbleibserklärung entsprechend dem Muster der Anlage A 4 bereits dem Antrag auf Erteilung einer Beförderungsgenehmigung nach § 3 Absatz 3 des Ausführungsgesetzes zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen) beigefügt wurde, genügt die Vorlage einer Kopie dieser Endverbleibserklärung.

3 Einreichung und Aufbewahrung

Die EVEen gemäß der Anlage A 1 bis A 4 sind dem BAFA unter Nutzung des elektronischen Antragsportals ELAN-K2 als Kopie zur Verfügung zu stellen. Der Antragsteller ist verpflichtet, das Original der EVE mindestens fünf Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres in dem die Vorlage beim BAFA erfolgte, aufzubewahren. Dies gilt nicht, soweit das Original der EVE bereits dem Antrag auf Erteilung einer Beförderungsgenehmigung nach § 3 Absatz 3 des Ausführungsgesetzes zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen) beigefügt wurde. Sonstige Aufbewahrungspflichten bleiben unberührt.

VI.

Anforderung von EVEen im Einzelfall und zusätzliche Erklärungen

1 Anforderung von Endverbleibsdokumenten im Einzelfall

Abweichend von dem grundsätzlichen Verzicht auf die Vorlage von Endverbleibsdokumenten bei sonstigen Rechtsgeschäften über Güter des Teils I Abschnitt A der Ausfuhrliste (Anlage AL zur AWW), behält sich das BAFA vor, in begründeten Einzelfällen ein Endverbleibsdokument anzufordern.

2 Zusätzliche Erklärungen (sogenannte Additional Statements)

Das BAFA ist berechtigt im Einzelfall zusätzliche Erklärungen (sogenannte Additional Statements) vom Endverwender zu verlangen. Die Notwendigkeit einer solchen zusätzlichen Erklärung kann aus europäischen Verordnungen und Beschlüssen, völkerrechtlichen Verpflichtungen, nationalen Bestimmungen oder aus Erwägungen der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik resultieren.

Das Additional Statement ersetzt andere Endverbleibsdokumente (wie z. B. die EVE) nicht, sondern ergänzt diese nur und muss mithin zusätzlich eingereicht werden. Der Endverwender muss das Additional Statement separat unterschreiben. Die Additional Statements sind Bestandteil der unter V beschriebenen EVE-Muster. Das BAFA behält sich vor, bestehende Additional Statements zu ändern bzw. aufzuheben und neue Additional Statements zu veröffentlichen.

VII.

Aufhebung

Die Bekanntmachung über Endverbleibsdokumente nach § 17 Absatz 2 der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) vom 12. Februar 2002 (BAZ. Nr. 60b vom 27. März 2002) sowie die Bekanntmachung über Endverbleibsdokumente nach § 21 Absatz 6 der Außenwirtschaftsverordnung vom 31. März 2016 (BAZ AT 17.05.2016 B3) wird hiermit vollständig aufgehoben.

VIII.

Inkrafttreten

Diese Allgemeinverfügung wird hiermit gemäß § 41 Absatz 3 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) öffentlich bekannt gemacht und gilt am Tag nach der Veröffentlichung als bekannt gegeben. Diese Allgemeinverfügung sowie eine Rechtsbehelfsbelehrung können gemäß § 41 Absatz 4 Satz 2 VwVfG beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), Frankfurter Straße 29 – 35, 65760 Eschborn/Taunus, während der üblichen Dienstzeiten eingesehen werden.

Eschborn, den 1. August 2017
2, 21, 211

Bundesamt
für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
(BAFA)

Im Auftrag
Pietsch



Anlage A 1

EUC for military equipment (except for war weapons), related technology and software

Please use original, officially headed paper of end-user and complete this form in block capital letters.

**END-USE CERTIFICATE (EUC)
for presentation to the Export Control Authorities
of the Federal Republic of Germany**

This EUC is not applicable for sniper rifles, pump-guns, pistols and revolvers.

Section A – Parties

Consignee (name, address and contact details)
End-user (name, address and contact details) if different from consignee
Supplier (name, address and contact details)

Section B – Items (goods, software or technology)

Description of the items (goods, software or technology)
Quantity/Weight (not applicable in case of software or technology transfer)
Value (EUR) (for software or technology only if available)

Section C – Final destination

Country and physical address
If the items (goods, software or technology) are to be integrated into or used for the development, production, use or repair of another item please specify the country of final destination of that item:

Section D – End-use

Intended end-use of items (section B)
If the items (goods, software or technology) are to be integrated into or used for the development, production, use or repair of another item please describe that item, its end-use and end-user:



Section E – Declaration of commitment with regard to goods and software

In accordance with the regulations of the Federal Republic of Germany which state that granting of an export license is dependent on the presentation of an EUC, we (I) certify that

- we (I) are (am) the final end-user of the goods and software specified in **section B**.

We (I) further certify that the goods and software as well as goods derived from the items specified in **section B** will

- only be used for the end-use specified in **section D**.

- remain in country _____

or,

consistent with the issued authorization, will only be re-exported (e.g. after integration) to country _____.

- we (I) will not re-export, temporarily or permanently, the goods and software specified in **section B** whether in whole or in part or integrated without the written approval of the Federal Office for Economic Affairs and Export Control (BAFA) of the Federal Republic of Germany.

Place, Date

Original signature of the end-user

Company stamp/Official seal

Name and title of signer

Section F – Declaration of commitment with regard to technology

In accordance with the regulations of the Federal Republic of Germany that granting of an export license is dependent on the presentation of an EUC, we (I) certify that

- we (I) are (am) the final end-user of the technology specified in **section B**.

- the technology will be treated strictly confidential.

- the technology will only be used for the end-use specified in **section D**.

- we (I) shall neither pass on the technology nor make knowledge available to parties other than specified in **section A**.

We (I) further certify that the technology as well as derived goods of the technology specified in **section B** will

- only be used for the end-use specified in **section D**.

- remain in country _____

or,

consistent with the issued authorization, will only be re-exported (e.g. after integration) to country _____.

We (I) further certify that we (I) will neither re-export the technology in whole or in part and derived goods to other countries without the prior written approval of the Federal Office for Economic Affairs and Export Control (BAFA) of the Federal Republic of Germany.

Place, Date

Original signature of the end-user

Company stamp/Official seal

Name and title of signer



In case of exports to traders the following Section G has to be signed by the relevant trader:

Section G – Additional Trader statement

We (I) certify, that the items specified in **section B** will only be delivered to a third person / company / public sector on condition that it accepts the following commitments of the above declaration as binding and on condition that the third person / company / public sector is known to be trustworthy and reliable in the observance of such commitments:

- the intended end-use of items specified in **section D**
- the endorsement of sections **E and F**
- the items specified in **section B** will remain in country _____.
- the technology specified in **section B** will be treated strictly confidential
- the derived goods of the items specified in **section B** will only be used as specified in **section D** and remain in country _____.

Place, Date

Original signature of the trader

Company stamp/Official seal

Name and title of signer



Anlage A 2

EUC for Exports of sniper rifles, pump-guns, pistols, revolvers,
corresponding ammunition and related production equipment

Please use original, officially headed paper of end-user and complete this form in block capital letters.

END-USE CERTIFICATE (EUC) for presentation to the Export Control Authorities of the Federal Republic of Germany

This EUC is applicable for sniper rifles, pump-guns, pistols, revolvers, corresponding ammunition and related production equipment only (not technology and software according to Nos. 21 and 22 Part I, Section A of the Export Control List (AL) to the German Foreign Trade and Payments Ordinance – AWW)

Section A – Parties

Consignee (name, address and contact details)
End-user (name, address and contact details) if different from consignee
Supplier (name, address and contact details)

Section B – Good(s)

Description of the item(s)
Quantity
Value (EUR)

Section C – Final destination

Country and physical address

Section D – End-use

Intended end-use of items (section B)
--



Section E – Declaration of commitment

In accordance with the regulations of the Federal Republic of Germany which state that granting of an export license is dependent on the presentation of an EUC, we (I) certify that

- we (I) are (am) the final end-user of the goods specified in **section B**.

We (I) further certify that the items as well as goods derived from the items specified in **section B** will

- only be used for the end-use specified in **section D**.
- remain in country _____

or,

consistent with the issued authorization, will only be re-exported (e.g. after integration) to country _____.

- we (I) will not re-export, temporarily or permanently, the goods specified in **section B** whether in whole or in part or integrated without the written approval of the Federal Office for Economic Affairs and Export Control (BAFA) of the Federal Republic of Germany.

Place, Date

Original signature of the end-user

Company stamp/Official seal

Name and title of signer

Section F – Additional Trader statement

We (I) certify that the

- distributors / retail sellers / retailers shall declare unequivocally that the goods specified in **section B** will only be used by the public sector of the country of final destination (**section C**).
- and/or if the goods are used for the local civil market will only be given to private customers who hold the right to possess these good(s) according to the law of the country of final destination (**section C**) and not to any other persons outside of the country of final destination (**section C**).
- goods will only be delivered to a third person / company / public sector on condition that it accepts the commitments of the declaration below as binding and on condition that the third person / company / public sector is known to be trustworthy and reliable in the observance of such commitments:
 - the intended end-use of goods specified in **section D**
 - the endorsement of the content of **section E**
 - the goods specified in **section B** will remain in country _____.
 - the derived goods of the items specified in **section B** will only be used as specified in **section D** and remain in country _____.

Place, Date

Original signature of the trader

Company stamp/Official seal

Name and title of signer



Regarding exports to countries that are not EU Member States, NATO or NATO-equivalent countries
the following additional declarations are necessary:

Section G.1 – Declaration of commitment

Applicable for sniper rifles, pump-guns, ammunition and production equipment for small arms and light weapons (SALW)

In accordance with the regulations of the Federal Republic of Germany which state that granting of an export license is dependent on the presentation of an EUC, we (I) will not transfer, temporarily or permanently, the items specified in **section B**, whether in whole or in part or integrated, within the country of final destination to individuals or entities other than the end-users specified above (**section A**) without the prior written approval the Federal Office for Economic Affairs and Export Control (BAFA) of the Federal Republic of Germany.

Place, Date

Original signature of the end-user

Company stamp/Official seal

Name and title of signer

Section G.2 – Additional declaration in case of a final public sector end-user

Applicable for sniper rifles, pistols or revolvers only (not ammunition)

In accordance with the regulations of the Federal Republic of Germany which state that granting of an export license is dependent on the presentation of an EUC, we (I) certify – regarding exports to a final public sector end-user receiving sniper rifles, pistols or revolvers – that the German authorities have the right to verify the end-use of the above mentioned goods on-site upon their request at any time.

Original signature of the end-user/government official

Name and title of signer in block letters

Company stamp/official seal

Place, Date



Section G.3 – Additional statement of public sector end-user

Applicable for sniper rifles and pump-guns only (not ammunition, pistols or revolvers)

In accordance with the regulations of the Federal Republic of Germany recipients of sniper rifles or pump-guns are required to submit one of the following additional statements.

“New for Old”-Statement

The new weapons

Description of goods
Quantity
Name of supplier

will replace the following old weapons:

Description of goods
Quantity

We (I) confirm that the old weapons will be destroyed. The German authorities will be invited with due notice to attend the destruction. A detailed note confirming the destruction of the weapons will be sent to the German authorities in each and every case.

Original signature of the end-user/government official

Name and title of signer in block letters

Company stamp/official seal

Place, Date



“New, destruction after decommissioning”-Statement

If the new consignment covers additional requirements, state recipients of SALW, sniper rifles or pump-guns are required to outline the additional requirements and to submit this “New, destruction after decommissioning”-statement.

The new weapons

Description of goods
Quantity
Name of supplier
cover the following additional requirement:

We (I) therefore declare that there are no used weapons to be decommissioned and destroyed. In addition, we (I) declare that the new weapons will be destroyed when they are decommissioned at a later stage. The German authorities will be informed about the decommissioning and invited with due notice to attend the destruction. A detailed note confirming the destruction of the weapons will be sent to the German authorities in each and every case.

Original signature of the end-user/government official

Name and title of signer in block letters

Company stamp/official seal

Place, Date



Anlage A 3
EUC for war weapons

Please use original official headed paper of end-user

Insert here: Name and address of the supplier in the Federal Republic of Germany

END-USE CERTIFICATE (EUC)
for presentation to the Export Control Authorities of the Federal Republic of Germany

Section A – Parties

Consignee (name, address and contact details)
End-user (name, address and contact details), if different from consignee
Supplier (name, address and contact details in block letters)

Section B – Good(s)

Description of the good(s)
Quantity
Value (EUR)

Section C – End-use / Purpose of the good(s)

Purpose of the good(s)

Section D – Country of final destination

Country of final destination (specification of the end-use location)



Section E – End-user undertaking with regard to good(s)

In accordance with the regulations of the Federal Republic of Germany which state that granting of an export license is dependent on the presentation of an EUC, we (I) certify

- that we (I) are (am) the final end-user of the goods.
- that the goods will only be used for the purpose specified above in **section C**.
- that the goods will remain in _____
- that we (I) will not re-export, temporarily or permanently, the above-mentioned good(s) whether in whole or in part, or integrated without the prior written approval of the Federal Ministry for Economic Affairs and Energy of the Federal Republic of Germany

Place, Date

Original signature of the end-user/government official

Company stamp/Official seal

Name and title of signer in block letters



Anlage A 4

EUC for SALW and corresponding ammunition to third countries

Please use original official headed paper of end-user

Insert here: Name and address of the supplier in the Federal Republic of Germany

END-USE CERTIFICATE (EUC)

for presentation to the Export Control Authorities of the Federal Republic of Germany

Section A – Parties

Consignee (name, address and contact details)
End-user (name, address and contact details), if different from consignee
Supplier (name, address and contact details in block letters)

Section B – Good(s)*

Description of the good(s)
Quantity
Value (EUR)

* Please Note: This EUC is only applicable for SALW (not for technology or software)!

Section C – End-use / Purpose of the good(s)

Purpose of the good(s)

Section D – Country of final destination

Country of final destination (specification of the end-use location)



Section E – End-user undertaking with regard to good(s)

In accordance with the regulations of the Federal Republic of Germany which state that granting of an export license is dependent on the presentation of an EUC, we (I) certify

- that we (I) are (am) the final end-user of the goods.
- that the goods will only be used for the purpose specified above in **section C**.
- that the goods will remain in _____
- that we (I) will not re-export, temporarily or permanently, the above-mentioned good(s) whether in whole or in part, or integrated without the prior written approval of the Federal Ministry for Economic Affairs and Energy of the Federal Republic of Germany
- that we (I) will not transfer, temporarily or permanently, the above-mentioned good(s) whether in whole or in part, or integrated within the country of final destination to individuals or entities other than the end-user specified above (**section A**) without the prior written approval of the Federal Ministry for Economic Affairs and Energy of the Federal Republic of Germany

Additionally in a case of a final public sector end-user we (I) certify

- that the German authorities have the right to verify the end-use of the abovementioned SALW on-site upon their request at any time.

Original signature of the end-user/government official

Name and title of signer in block letters

Company stamp/Official seal

Place, Date



Section F – End-user undertaking with regard to the “New for Old”-Statement

According to paragraph 6 of the Principles of the German Federal Government governing the export of small arms and light weapons, corresponding ammunition and production equipment, state recipients of small arms and light weapons are required to submit a “New for Old”-Statement.

“New for Old”-Statement

The new weapons:

Description of goods
Quantity
Name of supplier

will replace the following old weapons:

Description of goods
Quantity

We (I) confirm that the abovementioned old weapons will be destroyed. The German authorities will be invited with due notice to attend the destruction. A detailed note confirming the destruction of the weapons will be sent to the German authorities in each and every case.

Original signature of the end-user/government official

Name and title of signer in block letters

Company stamp/Official seal

Place, Date



“New, destruction after decommissioning”-Statement

If the new consignment covers additional requirements, state recipients of small arms and light weapons are required to outline the additional requirements and to submit a “New, destruction after decommissioning”-statement.

The new weapons:

Description of goods
Quantity
Name of supplier

cover an additional requirement.

Reasons for the additional requirement:

We (I) therefore declare that there are no used weapons to be decommissioned and destroyed. In addition, we (I) declare that these new weapons will be destroyed when they are decommissioned at a later stage. The German authorities will be informed about the decommissioning and invited with due notice to attend the destruction. A detailed note confirming the destruction of the decommissioned weapons will be sent to the German authorities in each and every case.

Original signature of the end-user/government official

Name and title of signer in block letters

Company stamp/Official seal

Place, Date